

# Die neue Stille beim Gewerbe

**Stimmungswandel** Mit seiner aggressiven Rhetorik hat sich der Schweizerische Gewerbeverband viele Feinde geschaffen. Plötzlich wirkt Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler zahm wie ein Lamm

VON ROGER BRAUN

Wo ist Hans-Ulrich Bigler? Bis vor kurzem dominierte der Gewerbedirektor die politische Diskussion mit regelmässigen Tabubröchen. Bundesrätin Doris Leuthard und SRG-Direktor Roger de Weck mussten als Diebe herhalten, die dem ahnungslosen Fernsehzuschauer 1000 Franken aus dem Sack ziehen. Nationalrat Bastien Girod setzte er bei der Atomausstiegs-Initiative einem Taliban gleich. Und bei der No-Billag-Initiative legte sich Bigler voll ins Zeug, obwohl das Gewerbeparlament ihm aufgetragen hatte, zurückhaltend zu agieren.

Doch plötzlich ist Bigler von der Bildfläche verschwunden. Angriffe auf politische Gegner: Fehlanzeige. Nennungen in der Presse: stark rückläufig. Öffentliche Kontroversen: nada. Noch vor einem Jahr attackierte der Gewerbeverband Bundesräte, Gewerkschaften und Chefbeamte regelmässig per Medienmitteilungen: Innenminister Alain Berset betrieb «Behördenpropaganda»; der Präsident des AHV-Fonds «weiss nicht,

wovon er spricht», ein linkes Komitee verbreitete «irreführende Fantaziezahlen». Heute bewirbt der Verband den KMU-Anlass «Frauen erobern Männerwelten», er begrüsst Positionsbezüge des Bundesrats, und wenn Kritik kommt, trägt er sie nüchtern vor. Auffällig auch: Das Mediendossier, in dem sich Bigler gerne und regelmässig ausgetobt hat, liegt seit der No-Billag-Abstimmung brach. Selbst auf eine Stellungnahme zum wegweisenden Mediengesetz verzichtete der Verband. Und dies nachdem die Spitze um Bigler und Verbandspräsident Jean-François Rime über Jahre gegen die SRG geschossen hatte.

## Kritiker fühlen sich bestätigt

Die Mässigung des Tonfalls ist kein Zufall. Einzelne prominente Gewerbler wie CVP-Nationalrat Alois Gmür (SZ) hatten in der Vergangenheit harte Kritik an Bigler und Rime geübt. Die Politik des Verbands sei nicht mehr konstruktiv, «sondern auf Abbruch ausgerichtet», beklagte der Einsiedler Bierbrauer. Bigler warf er vor, sich vor al-

lem um seine eigene Karriere zu kümmern. Gmür stellte gar die personelle Zusammensetzung der Spitze infrage. Entsprechend befriedigt äussert er sich über die neuen Töne im Verband: «Ich begrüsse es sehr, dass die Spitze gemässiger auftritt», sagt er. «Damit können wir auch wieder sinnvoll mit anderen Organisationen zusammenarbeiten.»

Druck gab es auch aus den Kantonen. Die Sektionen Bern, Luzern, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen und Zürich beklagten nicht nur den aggressiven Ton Biglers, sondern fühlten sich auch aussen vor gelassen. «Offenbar ist man sich in Bern bewusst geworden, dass es eine Kursänderung braucht», sagt der Schwyzer Gewerbeverbandpräsident Karl Fisch. Er beobachtet eine «sachlichere Kommunikation» und «weniger Aggressionen». Er begrüsst das: «Es bringt nichts, wenn der Gewerbe-

verband in erster Linie fürs Herumpöbeln bekannt ist.» Positiv wertet Fisch auch den Verzicht auf die Medienpolitik, «denn das ist kein Hauptthema für das Gewerbe». Er will an der letzten Sitzung der Gewerbekammer eine veränderte Stimmung festgestellt haben. Er sagt: «Die Wogen im Verband haben sich deutlich geglättet.»

Bigler selber will sich nicht zu den Gründen für den ruhigeren Auftritt äussern. «Inwiefern unser Auftritt aggressiv ist oder nicht, liegt im Auge des Betrachters», lässt er über die Medienstelle mitteilen. Die Medienpolitik sei zudem nie ein Kernthema des Schweizerischen Gewerbeverbands gewesen. Der Verband habe sich einfach gegen die Einführung der obligatorischen Empfangsgebühr gewehrt. Der aktuelle Fokus liege «auf der Bekämpfung der Zersiedelungs-Initiative, der Revision der Sozialwerke und der Steuervorlage».



Hans-Ulrich Bigler, KEY

## Leutenegger-Oberholzer SP-Nationalrätin tritt zurück

Die bevorstehenden Bundesratswahlen lässt sich die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer nicht entgehen. Danach ist jedoch Schluss: Per 7. Dezember tritt die 70-jährige Politikerin aus der grossen Kammer zurück. Dass sie auf «spätestens Ende Jahr» aus dem Nationalrat ausscheiden will, hatte sie schon im März angekündigt. Ein Lebensabschnitt gehe nun zu Ende, twitterte die ehemalige Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK).

Die 70-jährige Ökonomin und Juristin mit Wohnsitz in Augst BL kann auf insgesamt 23 Jahre in Bundesbern zurückblicken. Für die SP Baselland war sie 1999 in den Nationalrat gewählt worden. Zuvor hatte sie schon für die POCH von 1987 bis 1991 in der grossen Kammer gesessen. Nachfolgerin von Leutenegger Oberholzer wird Samira Marti, die am 10. Dezember angelobt wird. Nachrückern kann die 24 Jahre alte Studentin und Co-Vizepräsidentin der SP Baselland, weil Kathrin Schweizer verzichtet und stattdessen im März 2019 für die Baselbieter Regierung kandidiert. (SDA)

## SVP schaltet viel mehr Inserate als Gegner

**Abstimmung** Die Reklame zur Selbstbestimmungs-Initiative stellt andere Kampagnen deutlich in den Schatten

Neun Tage vor dem Urnengang zeigt sich: Die Befürworter der Selbstbestimmungsinitiative um die SVP investieren deutlich mehr Geld in Inserate als die Gegner des Begehrens. Das zeigt eine gestern veröffentlichte Analyse von Anée Politique Suisse der Universität Bern. Dies stehe «in auffälligem Gegensatz zur Kampagne der Masseneinwanderungs-Initiative von 2014», schreiben die Studienautoren. Ein Vergleich mit der damaligen Kampagne zeigt, dass die Gegner der Selbstbestimmungs-Initiative rund 2,7-mal weniger Inserate schalten als noch 2014, die Befürworter der Initiative aber im Vergleich zu damals die Anzahl geschalteter Inserate mehr als verdoppelten.

Interessanterweise sei der Verlauf der Kampagnen von Masseneinwanderungs-Initiative und Selbstbestimmungs-Initiative sehr ähnlich, schreiben die Berner Politikwissenschaftler weiter. «Die Gegnerschaft ist früh aktiv, fährt dann ihre Investitionen in den gekauften Zeitungsräum auffällig zurück, um gegen Ende noch einmal stärker zu investieren.»

Die Selbstbestimmungs-Initiative wurde bisher mit 784 Inseraten mehr als 2,9-mal so häufig beworben wie ei-

ne durchschnittliche Vorlage (269 Inserate) seit 2013. Nur zu fünf Vorlagen war bisher zu demselben Zeitpunkt mehr Reklame erschienen, zeigen die Daten der Forscher.

In den Inserate-Spalten der Zeitungen dominiert die Selbstbestimmungs-Initiative deutlich. Für oder gegen die Hornkuh-Initiative, aber auch für oder gegen das Sozialdetektiv-Referendum werden praktisch keine Inserate geschaltet. Nicht berücksichtigt sind Online-Werbung und Plakate. (SVA)

## STADTREGIERUNG GESPALTEN

### Initiative stellt Kollegialität in Biel auf die Probe

Posse in der Stadt Biel: Die Stadtregierung zeigt sich uneins bezüglich der Selbstbestimmungs-Initiative. Der Bieler Gemeinderat veröffentlichte diese Woche ein Communiqué, in dem er für ein Nein warb. Sozialvorsteher Beat Feurer (SVP) verschickte kurz darauf eine eigene Pressemitteilung: Dem Nein stelle er ein klares Ja gegenüber. Kontroversen zwischen Feurer und seinen Regierungskollegen sind seit Jahren Thema und stellen die Kollegialität der Regierung auf die Probe. (SDA)

## Neonazi-Aufmarsch ruft Gegenproteste auf den Plan

**Extremismus** In Basel kommt es zu einer Anti-Migration-Demo. Diese Männer stecken dahinter.

VON MIRJAM KOHLER, BASEL

Am 24. November demonstriert die Pnos auf dem Messeplatz in Basel gegen den UNO-Migrationspakt und die Migration. Die Pnos (Partei national orientierter Schweizer) ist bisher vor allem durch die 1. August-Feiern auf dem Rütli aufgefallen. 2005 mobilisierte sie mehrere hundert Rechtsextreme an die offizielle Feier, die den damaligen Bundesrat Samuel Schmid niederschrien. Die Kleinpartei organisiert regelmässig Konzerte mit rechtsextremen Bands und nutzt dabei ihre Vernetzung mit dem militanten Neonazi-Netzwerk «Blood and Honour».

Zur Demonstration am kommenden Samstag ruft auch die «Nationale Aktionsfront» (NA) auf. Über diese Gruppierung ist wenig bekannt. Bisher trat sie vor allem im Rahmen von Gedenkfeiern der Schlachten bei Sempach und Morgarten auf. Die Gruppe, die sich offen zu ihrer nationalsozialistischen Einstellung bekennt, verteilt ansonsten Flugblätter und führt kleinere Aktionen durch. Ihr Name orientiert sich an Organisationen wie der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), einer Neonaziorganisation aus Deutschland, die 1983 verboten wurde.

An der Demonstration am 24. November sollen gemäss Facebook-Seite der Veranstaltung diese bekannten Vertreter der rechtsextremen Szene sprechen:

**Karl Richter (56)** sitzt für die «Bürgerinitiative Ausländerstopp» (BIA) im Münchner Stadtparlament. Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass es sich dabei um eine Tarnliste der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD) handelt. Nach dem Utøya-Massaker von Norwegen äusserte Richter Verständnis für den Massenmörder Anders Breivik. Er forderte das Aus des NS-Dokumentationszentrums München. Gedenkstätten für die «angeblichen» Opfer des NSU wollte er nicht, spekulierte, dass die «Döner-Mafia» hinter den Morden steckte. Bei seiner Amtseinführung zeigte er den Hitlergruss, dafür bezahlte er 2800 Euro Strafe. Richter pflegt Kontakte zu Neonazis wie Martin Wiese, der 2003 einen Sprengstoffanschlag auf das Jüdische Zentrum München plante und deswegen eine 7-jährige Haftstrafe absass. Richter wird vom Staatsschutz überwacht und gilt als Schlüsselfigur der rechtsextremen Szene.

**Tobias Steiger (43)** war bis Mitte 2015 Präsident der SVP Sektion Dornach (SO). Von



Karl Richter.



Tobias Steiger.



Eric Weber.



Raphael Rotzer. FOTOS: HO

diesem Amt trat er nach öffentlichen Rücktrittsforderungen von Parteikollegen zurück und verliess die SVP. Im Vorfeld waren Äusserungen des damals 40-jährigen publik geworden, gemäss denen er sich unter anderem freute, dass ein Asylbewerber im Rhein ertrunken war. Steiger wollte danach die Pegida-Bewegung in der Schweiz etablieren, scheiterte aber. Für die «Pegida-Partei Schweiz» wollte er für den Grossen Rat Basel-Stadt kandidieren, was er dann aber nicht tat. Seit einigen Monaten ist Steiger Pnos-Mitglied und übernahm den Vorsitz der Pnos beider Basel. Auf Facebook macht er seine politische Einstellung öffentlich: Er postet antisemitische Verschwörungstheorien und Hitlerreden, verwendet rechtsextremes Vokabular, leugnet den Klimawandel und betreibt Geschichtsrevisionismus. Wie Karl Richter fordert er die Freilassung der inhaftierten und mehrfach verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck.

**Eric Weber (55)** ist in erster Linie bekannt als Polit-Clown. Dass das eine rechtsextreme Gesinnung nicht ausschliesst, belegt die Vergangenheit des ehemaligen Basler Grossrats. Als er in den 1980er-Jahren das erste Mal in den Grossen Rat gewählt wird, marschiert er den Hitlergruss zeigend ins Rathaus. Ausserdem will er verfolgten Neonazis aus Deutschland Asyl gewähren und Hitlers Geburtstag im Rathauskeller feiern. Auch nach seiner Wiederwahl 2012 fällt Webers Gesinnung auf: Er verwendet nationalsozialistisches Vokabular wie «Umwolung» oder «Mischrasse», bezeichnet Migranten als «Ungeziefer». Sein Sprachgebrauch ist mit ein Grund, weshalb es das Basler Strafgericht für zulässig erklärte, Weber als «Nazi» zu bezeichnen.

**Raphael Rotzer (33)** ist stellvertretender Sektionspräsident der Zürcher Pnos und Sprecher der Pnos Schweiz. In die Schlagzeilen geriet Rotzer, als öffentlich wurde, dass er neben seinem Engagement für die Pnos auch eine lokale Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV im Zürcher Oberland leitete. Rotzer musste daraufhin von seinem Gewerkschaftsamt zurücktreten.

Die Juso Basel-Stadt reichte nach Bekanntwerden der Demonstration ein Gesuch für eine Gegendemonstration ein. Die Polizei möchte eine Konfrontation zwischen den Demonstrierenden aber verhindern, weswegen die Kundgebung der Juso wenige Kilometer entfernt stattfinden wird. Das reicht vielen Gegnern der Pnos nicht. Sie kündigten bereits an, auch ohne Bewilligung auf dem Basler Messeplatz demonstrieren zu wollen.

## Damit wir...

- ... nicht in die EU geführt werden.
- ... Löhne und Arbeitsplätze erhalten.
- ... keine höheren Gebühren, Abgaben und Steuern bezahlen.
- ... den Schweizer Tier- und Landschaftsschutz behalten.
- ... Rechtssicherheit gewährleisten.

Stimmen Sie darum am 25. November

# JA

Zur direkten Demokratie.  
Zur Selbstbestimmung.

www.selbstbestimmungsinitiative.ch  
Komitee JA zur Selbstbestimmung, Postfach, 3001 Bern